

Erste Beratung am 18.08.2010

Priorität für Erdverkabelung in Niedersachsen

- Antrag der Fraktion der **SPD - Drs. 16/2704**

Uwe Schwarz (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung: Die SPD steht zu dem von ihr in der Bundesregierung eingeleiteten schnellen Ausbau regenerativer Energien, weil nur so der vollständige Ausstieg aus der Atomenergie und der Verzicht auf weitere Kohlekraftwerke umsetzbar sind.

Die SPD unterstützt allerdings uneingeschränkt den breiten Bürgerprotest, wenn bei neuen Fernleitungen kurzfristige wirtschaftliche Interessen der Energieversorger und Netzleitungsbetreiber über die berechtigten Einwände betroffener Kommunen und deren Bürgerinnen und Bürger entlang geplanter Trassenführungen gestellt werden.

Genau das ist aktuell bei der 190 km langen Trasse von Wahle nach Mecklar in Hessen der Fall. In Niedersachsen soll diese Stromtrasse durch die Landkreise Peine, Wolfenbüttel, Hildesheim, Goslar, Northeim und Göttingen geführt werden.

Bereits 2007 hatte uns dieses Thema im Landtag erheblich beschäftigt. Die SPD-Landtagsfraktion hatte bereits im April 2007 einen Antrag und im Oktober 2007 einen Gesetzentwurf eingebracht. In unserem Gesetzentwurf hatten wir uns für den Vorrang der Erdverkabelung und die Option einer vollständigen Erdverkabelung ausgesprochen. Dabei wurde seinerzeit aus guten Gründen auf die Vorgabe von Mindestabständen zu Bebauungsbereichen verzichtet.

Nach zögerlichem Beginn hatte sich dann - sicherlich nicht zuletzt auch wegen des nahenden Landtagswahltermins - der damalige Ministerpräsident des Themas angenommen. Entstanden ist in Kooperation mit dem damaligen Bundesumweltminister Sigmar Gabriel - das will ich nicht verhehlen - das Niedersächsische Erdkabelgesetz, welches wir hier im Dezember 2007 verabschiedet haben, und im August 2009 das Energieleitungsausbaugesetz, kurz EnLAG. Beide Gesetze sehen lediglich die Möglichkeit einer Teilerdverkabelung vor, wenn Mindestabstände zu Bebauungsbereichen unterschritten werden, das EnLAG sogar nur bei vier Pilotstrecken, wobei drei davon bei uns in Niedersachsen liegen. Die Strecke Wahle–Mecklar gehört bekanntlich dazu.

Der heutige Ministerpräsident hatte bei der Verabschiedung des niedersächsischen Gesetzes im Oktober 2007 ausgeführt: Wer im Land unterwegs ist, weiß auch, wie groß das Interesse der Menschen in den betroffenen Regionen an dieser Frage ist. Die ersten längeren Erdverkabelungsstrecken werden in unserem Bundesland gebaut. Die Teilverkabelung wird in vielen Bereichen Bestandteil der Trassenplanung sein. - Soweit David McAllister.

Meine Damen und Herren, leider erleben wir aktuell in Niedersachsen etwas ganz anderes, um nicht zu sagen, genau das Gegenteil.

Die vorgelegten fünf Trassenvarianten der Firma Transpower GmbH bzw. seit 1. Januar dieses Jahres TenneT bestätigen - und nach meiner Auffassung übertreffen sie - alle damaligen Befürchtungen der betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Das auf Konsens angelegte EnLAG sowie das Niedersächsische Erdkabelgesetz werden durch Transpower bewusst ignoriert.

In einer von fünf Trassenvarianten werden die im EnLAG vorgegebenen Mindestabstände an vier Stellen unterschritten. Eine Erdverkabelung könnte also vorgeschlagen werden. Obwohl nach eigenen Angaben des Netzbetreibers auch der Anteil an Neutrassierungen und die ökologischen Eingriffe bei dieser Streckenvariante am niedrigsten wären, werden die Vorgaben des EnLAG als Ausschlussgrund für die Weiterverfolgung dieser Variante durch Transpower genannt. Das heißt, der Wille des Gesetzgebers wird durch den Netzbetreiber ins Gegenteil verkehrt.

Meine Damen und Herren, das macht nicht nur Bürgerinnen und Bürger zu Recht wütend, sondern ich finde, das ist ein massiver Anschlag gegen das demokratische Selbstverständnis dieses Parlaments.

Ich finde, dass sich niemand in diesem Haus ein solches Verhalten von Energiebetreibern bieten lassen kann, egal in welcher Funktion er ist.

Die Niedersächsische Landesregierung ist mit dem Landwirtschaftsministerium für das laufende Raumordnungsverfahren zuständig. Am 27. August 2010 endet das öffentliche Beteiligungsverfahren. Allein aus unserer Region liegen zwischenzeitlich annähernd 1 000 Einzeleinwendungen vor. Ich habe vorhin gehört, in Baddeckenstedt liegt die Zahl zurzeit bei 1 400. Wir werden an dieser Strecke also mit Zehntausenden von Einzeleinwendungen zu rechnen haben.

Die Bundesregierung geht in der Beantwortung einer Anfrage vom 22. Juli dieses Jahres davon aus, dass Vorhabenträger und Planungs- und Genehmigungsbehörde bei der Festlegung von Erdkabelabschnitten kooperativ zusammenarbeiten. Wir erleben aktuell genau das Gegenteil. Lassen Sie uns deshalb das Raumordnungsverfahren gemeinsam aussetzen, bis der Netzbetreiber bereit ist, mindestens den konsensualen Verpflichtungen des EnLAG Rechnung zu tragen, und bis weitere Trassen entlang der A 7 bzw. der ICE-Trassen untersucht wurden. Lassen Sie uns prüfen, ob unser Landesgesetz noch trägt oder gegebenenfalls nachgebessert werden muss. Dies wird von Juristen sehr unterschiedlich beurteilt. Lassen Sie uns dafür sorgen, dass die Stromübertragung mit moderner HGÜ-Gleichstromtechnik erfolgt.

Wenn es weiter so geht, dass bei all diesen Vorgaben der Netzbetreiber gesetzliche Vorgaben bewusst ignoriert, schlimmer noch konterkariert, müssen wir versuchen, eine Novellierung des EnLAG zu erreichen. Meine Damen und Herren, wir gemeinsam sind nicht der Büttel dieser Energiewirtschaft.

An einer öffentlich hochrangig besetzten Veranstaltung am 3. August in Bad Gandersheim haben fast 1 000 Menschen aus unserer Region teilgenommen. Politikerinnen und Politiker, Wissenschaftler, das niedersächsische Landwirtschaftsministerium und das Bundeswirtschaftsministerium waren zugegen. Es war ausgesprochen schlechtes Wetter, was dazu geführt hat, dass die

evangelische Kirche ihren Dom für diese Veranstaltung geöffnet hat, der mit 1 000 Leuten richtig voll war. Ich sage das nur deshalb, weil es deutlich macht, wie die Region und welche gesellschaftlichen Gruppen hinter den Forderungen der Bürgerinitiativen stehen.

Nur einer hat gefehlt, nämlich Transpower, die trotz mehrfacher Bitte dieser Einladung nicht gefolgt sind.

Da stellt sich für uns die Frage, welche Strategie da eigentlich gefahren wird. Die Akzeptanz der regenerativen Energien ist in unserer Gesellschaft bekanntlich sehr hoch. Warum werden den Bürgerinnen und Bürgern jetzt bewusst unzumutbare Fernleitungstrassen vorgestellt? Warum wird dem Bündelungsgebot im Sinne der Raumordnung nicht Rechnung getragen und zur Minimierung von Landschaftseingriffen keine Variante entlang der A7 oder der DB-Schnellbahnstrecke vorgeschlagen? Warum wird der Widerstand der Bevölkerung angeheizt und die Ausnutzung aller juristischen Einspruchsmöglichkeiten provoziert? Warum werden so die Planungszeiträume wissentlich in die Länge gezogen, sodass der Zeitpunkt der Umsetzung für die Energieunternehmen unkalkulierbar wird? - Die Bundesregierung weist schon jetzt darauf hin, dass bei der Mehrzahl der Leitungen des EnLAG-Bedarfsplans das jeweilige Zieljahr nicht mehr erreicht wird. Geht es Teilen der Energiewirtschaft unter Umständen darum, regenerative Energien zu diskreditieren und so doch noch längere Laufzeiten für Atomkraftwerke zu erzwingen?

Die Bürgerinnen und Bürger, die jetzt zu Tausenden protestieren, sind keine Berufsdemonstranten, sondern Landwirte, die in Ihrer Existenz bedroht sind.

Es sind Familien, die Angst vor nachhaltigen gesundheitlichen Beeinträchtigungen haben, Menschen, die Entwicklungsperspektiven unserer Region insbesondere im Erholungs- und Tourismusbereich bedroht sehen, das Landschaftsbild nachhaltig zerstört und die Lebensqualität beeinträchtigt sehen und die den Wertverlust ihres Eigentums befürchten. Es sind Menschen, die aus den vorab genannten Gründen keine Monstermasten mit einer Höhe von mehr als 70 m in der Landschaft wollen. Ich will Ihnen das mal exemplarisch zeigen, weil die Proportionen stimmen.

Sie sehen hier ein Bild aus unserer Region. Viele von Ihnen kennen den Bad Gandersheimer Dom mit seinem Westwerk. Dieses Bauwerk ist 36 m hoch. Die in das Bild eingefügten Masten entsprechen den 70 m bzw. 72 m. Wer den Protest vor Ort erlebt hat, Herr Grascha, Herr Schostok, der weiß, welche Ängste da bestehen. Diese Ängste, meine Damen und Herren, sind nicht unbegründet, und wir sollten sie zusammen außerordentlich ernst nehmen.

Meine Damen und Herren, ich sage das ganz klar: Hier geht es für uns nicht um das Spielchen „Regierung und Opposition“. Bei uns im Landkreis - das gilt für fast alle anderen Bereiche entlang der Strecke - unterstützen alle Parteien durch Beschlüsse und Resolutionen in den Kreistagen und in den Gemeindegremien die von uns hier eingebrachten Punkte und damit die Bemühungen der Bürgerinitiativen. Dort sammeln sich immer mehr Bürgerinnen und Bürger aus allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen, aus den Verbänden und aus den Kirchen.

Der für das christliche Besinnungswort am Wochenende bei uns zuständige Pfarrer schrieb in der Ausgabe der Samstagszeitung - ich zitiere -:

„Arme Politik, die sich und uns alle so den Stromnetzbetreibern und Profiteuren ausliefert. Das Gesetz soll dem Menschen dienen und nicht der Mensch dem Gesetz.“

Meine Damen und Herren, das ist das Stimmungsbild einer Region, das hier durch den Pfarrer wiedergegeben wird.

Meine Damen und Herren, 24 Fernleitungen sind im „vordringlichen Bedarf“ bis 2015 geplant. Niedersachsen ist mit 400 km schon am Anfang außerordentlich stark betroffen. Deshalb müssen wir bei diesem Verfahrensstand auch für die Zukunft ein deutliches Signal setzen, und zwar gemeinsam. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten dies zu Recht von uns.

Weil nächste Woche die Einspruchsfrist abläuft, beantrage ich sofortige Abstimmung über unseren Antrag. Ich hoffe, wir kriegen es hin klarzumachen: Wir machen nicht „Regierung und Opposition“, wir versuchen, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger mit unseren Möglichkeiten so schnell wie möglich zu unterstützen und das Verfahren an dieser Stelle so richtig auf den Weg zu bringen.